

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 21. Januar 2003

Asylverfahren im Lande Bremen

Wie kaum ein anderes Land hat die Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten Zuwanderer aufgenommen. Für die Situation der in Bremen und Bremerhaven lebenden Flüchtlinge ist nach wie vor von höchster Priorität, dass ihre Asylanträge zügig bearbeitet werden, denn sie sind nicht in der Lage, hier ihren Lebensunterhalt dauerhaft durch Erwerbstätigkeit zu finanzieren und somit sich in die hiesigen Lebensverhältnisse zu integrieren.

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Anträge zur Gewährung von Asyl wurden in Bremen und Bremerhaven im Jahre 2000, 2001, 2002 gestellt?
2. Wie viele Verfahren wurden rechtskräftig abgeschlossen bzw. sind noch anhängig beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge und in der Verwaltungsgerichtsbarkeit?
3. Wie ist die Durchschnittsdauer der Asylverfahren im Lande Bremen?
4. Wie hoch war in den o. g. Zeiträumen der Anteil der anerkannten bzw. der abgelehnten Flüchtlinge, und wie viele abgelehnte Asylbegehrende erhielten ein Bleiberecht nach Abschluss des Verfahrens wegen Bestehen von Abschiebungshindernissen im Land Bremen?
5. Welche Gesamtsumme haben die Mittel der Sozialhilfe für Asylbewerber nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, und welchen Anteil haben diese Mittel am Haushalt des Landes Bremen?
6. Wie hat sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger unter den Asylbewerbern in den letzten zehn Jahren im Lande Bremen entwickelt?
7. Welche Mittel hat das Land Bremen für die Abschiebung negativ beschiedener Asylantragsteller aufgebracht?

Knäpper, Herderhorst, Eckhoff und Fraktion der CDU

D a z u

Antwort des Senats vom 18. März 2003

Die o. a. Anfrage beantwortet der Senat wie folgt:

Zu Frage 1.: Wie viele Anträge zur Gewährung von Asyl wurden in Bremen und Bremerhaven im Jahre 2000, 2001, 2002 gestellt?

Die Zahl der Asylanträge betrug nach der Statistik des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in den Jahren 2000 bis 2002:

	Erstanträge	Folgeanträge	Gesamt
2000	821	293	1114
2001	923	297	1220
2002	790	238	1028

Zu Frage 2.: Wie viele Verfahren wurden rechtskräftig abgeschlossen bzw. sind noch anhängig beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge und in der Verwaltungsgerichtsbarkeit?

Vom Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge wurden vom 1. Januar bis 31. Dezember des jeweiligen Jahres folgende Entscheidungen über im Lande Bremen gestellte Asylanträge getroffen:

	Entscheidungen gesamt
2000	1107
2001	1205
2002	1402

Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge führt eine so genannte Antrags- und Entscheidungsstatistik. Aus der Entscheidungsstatistik kann nicht entnommen werden, in welchem Jahr der Antrag gestellt wurde.

Bei dem Verwaltungsgericht Bremen waren zum Stichtag 13. Februar 2003 aus den Jahren 2000 bis 2002 noch anhängig

aus dem Jahr 2000	45 Verfahren,
aus dem Jahr 2001	156 Verfahren,
aus dem Jahr 2002	341 Verfahren.

Bei dem Obergericht Bremen waren zum Stichtag 17. Februar 2003 aus den Jahren 2000 bis 2002 noch anhängig

aus dem Jahr 2000	2 Verfahren,
aus dem Jahr 2001	1 Verfahren,
aus dem Jahr 2002	29 Verfahren.

Die Angaben für die jeweiligen Jahre beziehen sich auf den Eingang bei den Verwaltungsgerichten.

Zu Frage 3.: Wie ist die Durchschnittsdauer der Asylverfahren im Lande Bremen?

In den Jahren 2000 bis 2002 konnten von der Außenstelle Bremen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge ca. 75 % der Entscheidungen innerhalb von drei Monaten getroffen werden.

Die Verfahrensdauer bezieht sich dabei auf den Zeitraum von der Asylantragstellung bis zur Zustellung der Entscheidung durch das Bundesamt.

Die durchschnittliche Verfahrensdauer liegt in Bremen unter dem Bundesdurchschnitt. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Außenstellen unterschiedliche Länderzuständigkeiten haben und die Außenstelle Bremen in geringerem Umfang für Länder zuständig ist, für die in den Jahren 2000 bis 2002 Entscheidungsstopps (z. B. Jugoslawien) galten. Außerdem ist der Anteil der Fälle, in denen aufwändige Sachverhaltsermittlungen erforderlich waren, vergleichsweise gering.

Die durchschnittliche Verfahrensdauer in Asylverfahren bei dem Verwaltungsgericht Bremen betrug in den Jahren 2000 bis 2002 in Hauptsacheverfahren

im Jahr 2000	24,5 Monate,
im Jahr 2001	22,1 Monate,
im Jahr 2002	16,5 Monate,

und in Eilverfahren auf einstweiligen Rechtsschutz

im Jahr 2000	1,1 Monate,
im Jahr 2001	0,6 Monate,
im Jahr 2002	0,6 Monate.

Die durchschnittliche Verfahrensdauer wird maßgeblich bestimmt vom Anteil der Altverfahren an der Gesamtzahl der in den genannten Jahren jeweils erledigten Verfahren. Ein hoher Anteil von Altverfahren mit langer Laufzeit drückt den Durchschnitt nach oben. Umgekehrt kann eine kurze durchschnittliche Verfahrensdauer zur Ursache haben, dass in dem betreffenden Jahr überwiegend jüngere Verfahren in die Statistik eingegangen sind und Altverfahren weiter unerledigt geblieben sind. Die Angaben zur durchschnittlichen Verfahrensdauer sind deshalb nur aussagekräftig, wenn gleichzeitig die Entwicklung des Verfahrensstandes betrachtet wird.

Der Bestand betrug am

31. Januar 2000	1327 Verfahren,
31. Januar 2001	856 Verfahren,
19. Februar 2002	714 Verfahren,
13. Februar 2003	653 Verfahren.

Der gezielte und kontinuierliche Abbau von Altverfahren hat zur Folge, dass inzwischen die bundesdurchschnittliche Verfahrensdauer von im Jahr 2002 18 Monaten in Bremen unterschritten wird. Das Verwaltungsgericht Bremen hat sich zum Ziel gesetzt, auf diesem Weg in absehbarer Zeit eine Verfahrensdauer von unter zwölf Monaten zu erreichen.

Zu Frage 4.: Wie hoch war in den o. g. Zeiträumen der Anteil der anerkannten bzw. der abgelehnten Flüchtlinge, und wie viele abgelehnte Asylbegehrende erhielten ein Bleiberecht nach Abschluss des Verfahrens wegen Bestehen von Abschiebungshindernissen im Land Bremen?

Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge hat in den Jahren 2000 bis 2002 über die dort anhängigen Asylanträge wie folgt entschieden:

	Entscheidungen gesamt	Anerkennung Art. 16	Abschiebungs- schutz gem. § 51 AuslG	Abschiebungshin- dernis gem. § 53 AuslG	Ablehnungen unbegründet/ offensichtlich unbegründet	sonstige Verfahrens- erledigungen
2000	1107	90	21	10	652	334
2001	1205	112	90	4	739	260
2002	1402	55	57	20	910	360

Statistische Angaben darüber, wie vielen abgelehnten Asylbewerbern nach Abschluss der Asylverfahren wegen bestehender Abschiebungshindernisse eine Aufenthaltsgenehmigung oder Duldung erteilt wird, liegen nicht vor.

Zu Frage 5.: Welche Gesamtsumme haben die Mittel der Sozialhilfe für Asylbewerber nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, und welchen Anteil haben diese Mittel am Haushalt des Landes Bremen?

Im Jahr 2002 beliefen sich die Aufwendungen zum Asylbewerberleistungsgesetz für die Stadtgemeinde Bremen auf 25,85 Mio. €, für die Stadtgemeinde Bremerhaven auf 3,62 Mio. € und für das Land auf 1,34 Mio. € (insgesamt 30,81 Mio. €). Dies entspricht einem Anteil an den konsumtiven Ausgaben – ohne Zinsen – des Landes Bremen von 1,64 %.

Zu Frage 6.: Wie hat sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger unter den Asylbewerbern in den letzten zehn Jahren im Lande Bremen entwickelt?

Asylbewerber und andere Ausländer, die sich nur vorübergehend im Bundesgebiet aufhalten (z. B. Bürgerkriegsflüchtlinge) erhalten Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Die Entwicklung der Empfängerinnen und Empfänger nach dem AsylbLG stellt sich jeweils auf den Monat Dezember bezogen wie folgt dar:

Jahr	Bremen	Bremerhaven	Gesamt
1993	6223	1092	7315
1994	5187	772	5959
1995	5738	859	6597
1996	5462	884	6346
1997	5069	882	5951
1998	4430	947	5377
1999	3974	790	4764
2000	3759	769	4528
2001	3808	755	4563
2002	3638	797	4435

Gesonderte Angaben über Asylbewerber liegen nicht vor.

Zu Frage 7.: Welche Mittel hat das Land Bremen für die Abschiebung negativ beschiedener Asylantragsteller aufgebracht?

Die Abschiebekosten für abgelehnte Asylbewerber betragen in den Jahren

	Stadtgemeinde Bremen	Stadtgemeinde Bremerhaven	Land Bremen
2000	ca. 120.000 €	ca. 23.000 €	ca. 143.000 €
2001	ca. 85.000 €	ca. 30.000 €	ca. 115.000 €
2002	ca. 85.000 €	ca. 12.000 €	ca. 97.000 €